

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben belchäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 12, Winterfeldstr. 24  
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488  
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint wöchentlich Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleggeld)  
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3161

**Inhalt:**

Die weitere Verteuerung der Lebensmittel. — Die Lage der städtischen Arbeiter in Frankfurt a. M. — Der Streik der Gasarbeiter in Heidelberg. — Brief aus Rülhausen i. E. — Die 2. Konferenz des Bundes Rheinland-Westfalen. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Mundschau. — Cuitung der Hauptkasse. — Anzeigen.

**Die weitere Verteuerung der Lebensmittel.**

Ueber die Lebensmittelverteuerung dieses Jahres macht die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ im Juli 1907 folgende Angaben: „Die Lebensmittelpreise zeigen in allerjüngster Zeit wieder eine so deutlich aufsteigende Tendenz, daß die Frage angebracht erscheint, ob denn das Preisniveau der Lebensmittel gegenüber dem Jahre 1906 gar noch eine Erhöhung erfahren habe. Da ergibt sich denn wirklich die Tatsache, daß von 26 Lebensmitteln, für die sich Vergleiche anstellen lassen, mehr als die Hälfte, nämlich 14, nach ihrem Preisstand Mitte Juli noch eine Verteuerung gegenüber der Vergleichszeit 1906 aufweisen, von 1905 gar nicht erst zu reden. Acht Lebensmittel sind im Preise gesunken, bei vier ist der Preis gegenüber 1906 stabil geblieben. Nicht nur Getreide ist im Preise erheblich gestiegen, sondern auch eine Reihe von der Ernte der Körnerfrüchte ganz unabhängiger Lebensmittel hat sich verteuert. Am schärfsten ist allerdings die Spannung zwischen den dies- und vorjährigen Preisen bei Getreide, insbesondere bei Roggen. Steht doch der Roggenpreis am Berliner Markt gegenwärtig um nicht weniger als dreißig Prozent über dem vorjährigen. Ganz so erheblich wie bei Roggen ist der Aufstieg bei den anderen Getreidesorten nicht; Weizen bleibt mit einer Preissteigerung von zwölf Proz. weit dahinter zurück. Den Getreidepreisen folgend haben die Mehlpreise äußerst kräftig angezogen; bei Weizenmehl beträgt die Steigerung von Mitte Juli 1906 auf Mitte Juli 1907 fast 20, bei Roggenmehl aber gar 30 Proz. Der Preis für Roggenmehl ist also mit ganz genau der gleichen Intensität gestiegen wie der Roggenpreis, so daß anzunehmen ist, daß die Verteuerung des Getreides seit 1906 nie lange von den verarbeitenden Gewerben getragen wurde, sondern vielmehr schnell auf die Konsumenten abgewälzt wurde. Roggenmehl kostete jetzt pro 100 Kilo 25,20 bis 27,50 Mk., zur selben Zeit 1904 aber erst 17,40 bis 18,30 Mk. Von anderen Lebensmitteln, deren Preise sich in diesem Jahre gegenüber 1906 noch verteuert haben, sind Süßenerfrüchte, Rüböl, sodann Fische zu nennen. Von den Süßenerfrüchten sind es besonders Erbsen und Linsen, die kräftig im Preise gestiegen sind. Nur ganz wenige Lebensmittel sind es, die an der Preissteigerung in diesem Jahre nicht teilgenommen haben, und zwar sind dies Vieh und Fleisch, die sich auf ihrer erobotanten Preisshöhe nicht mehr halten konnten, sondern nunmehr zum größten Teile wieder das Niveau früherer billigerer Jahre eingenommen haben. Rind- und Hammelfleisch allerdings behaupten sich auch jetzt noch auf dem Preisstand des Vorjahres. Neben den Vieh- und Fleischpreisen ist nur noch der Preis für Butter zu erwähnen, der sowohl im Groß- wie im Kleinhandel eine Preisbilligung aufweist.“ Wir möchten sogar das Herabgehen der Fleischpreise im Kleinhandel stark in Zweifel ziehen. In einem bei Nützer in Jena erscheinenden Buch von Henriette Fürth: „Die Verteuerung der Lebensmittel im Lichte des Massenkonsums“ heißt es nach einem Zitat in der Elberfelder „Arbeiter-Presse“ vom 19. September 1907:

Nach den Feststellungen des Statistischen Amtes der Stadt Frankfurt a. M. betrug von 1896 bis 1905 die Preissteigerung für Fleischwaren durchschnittlich 34 Proz. Von da bis zum Herbst 1906 vollzog sich eine abermalige Erhöhung von 18 Proz. (Preisliste der Jnnung), zusammen also von 52 Proz. auf Fleischwaren. Fette, Eier und Milch wurden im Mittel um 28 Proz. teurer. Das bedeutet also eine Preissteigerung, die für die animalischen Nahrungsmittel im Durchschnitt 40 Proz. beträgt. Die vegetabilischen Nahrungsmittel haben eine Erhöhung um mindestens 10 Proz. erfahren. Da nun nach den Aufstellungen der Rührberger Arbeiterhaushaltungen der Konsum der animalischen sich zu dem der vegetabilischen wie 4 zu 3 verhält, so ergibt sich daraus eine mittlere Preissteigerung von 28,5 Proz. für den Nahrungskonsum. Der Nahrungskonsum stellt aber, nach derselben Quelle, 51,1 Proz. des Gesamtkonsums im Arbeiterhaushalt dar. Daher müßte, um der hier erwachsenden Mehrausgabe gerecht werden zu können, eine Lohnerhöhung um 19 Proz. eintreten.

Nun ist aber nicht nur die Nahrung teurer geworden. Auch die Mieten haben eine nicht unwesentliche Erhöhung erfahren, während die Kohlepreise um 22 bzw. 40 Proz. beim großen Möhlenhändler gestiegen sind, was für den kleinen Verbraucher, der im einzelnen einkaufen muß, einen noch weit umfangreicheren und empfindlicheren Aufschlag bedeutet. Und auch alles andere: wollene und baumwollene Webwaren, fertige Kleider, Raderlöhne, Weißwaren, Küchengerichte, Töpfwaren usw., ist wesentlich teurer geworden. Henriette Fürth bringt für das alles hochinteressante und einwandfreie Daten.

Dem gegenüber steht eine Lohnerhöhung, die für die städtischen Arbeiter 13 bis 21 Proz., für die übrigen nach einer auf den Lohnklassen der Erstklassenklasse aufgebauten Berechnung etwa 10 bis 20 Proz. beträgt.

Aber noch von einer anderen Seite her wird das Mißverhältnis zwischen Lohnsteigerung und Lebensmittelteuerung in ein scharfes Licht gerückt. Im ersten Teil der angezogenen Schrift werden nach den sorgfältig geführten, über einen zehnjährigen Zeitraum sich erstreckenden Haushaltsbüchern einer mittelbürgerlichen Familie drei physiologische Varianten aus den Oktobermonaten drei verschiedener Jahre gezogen, aus denen zwingend hervorgeht, daß eine bedenkliche Senkung der Ernährungsverhältnisse weiter Schäden stattgefunden haben muß. Während die dort behandelte Familie im Oktober 1896 mit einem Tagesaufwand von 88 Pf. auf den Kopf der Erwachsenen eine das physiologische Normalmaß der Nährsubstanzen um 27 Proz. überschreitende Ernährung erzielte, finden wir im Jahre 1900 bei einem Verbrauch von 87 Pf. pro Tag und Kopf der Erwachsenen nur noch ein Mehr von 1,1 Proz., das im Oktober 1906 bei einem Aufwand von 81 Pf. ein Minus von 2,5 Proz. ergibt. Dieses Minus beträgt für Eiweiß sogar 13,1 Proz. und für Molekularstoffe 29 Proz., so daß nur der 35 Proz. betragende Rohwertverbrauch von Fetten den Gesamtfehlbetrag geringer erscheinen läßt. Danach beträgt die Spannungs zwischen den Jahren 1896 und 1906: 25,5 Proz., oder, unter Berücksichtigung der Mehrausgabe von 1 Pf. pro Tag und Kopf der Erwachsenen, 2,1 Proz.

Zahlen wir nun aus dem einen sparsam und praktisch geführten Haushalt darsichender Einzelheit auf die Allgemeinheit, so ergibt sich uns das folgende: Im Jahre 1906 brachte eine Tages-

ausgabe von 88 Pf. eine Ueberernährung von 27 Proz., im Jahre 1900 reichte ein Betrag von 87 Pf. noch eben hin, um eine erwachsene Person in Gemäßheit der Anforderungen der Ernährungslehre zu erhalten, und im Jahre 1906 hätte man, um das Ergebnis von 1896 zu erlangen, 110 Pf. ausgeben müssen. Die 87 Pf. des Jahres 1900 aber ergeben den im Jahre 1906 für die sachgemäße Ernährung einer erwachsenen Person zu machenden Aufwand.

Seitdem hat eine weitere nicht unbeträchtliche Erhöhung aller Lebensmittelpreise stattgefunden, die, wie oben nachgewiesen wurde, in Frankfurt einen 18prozentigen Aufschlag der Fleischpreise innerhalb der Zeit vom Oktober 1905 bis September 1906 brachte. Die darauf im Frühjahr 1907 eingetretene Verbilligung hat im Laufe des Sommers zum größeren Teil wieder anziehenden Preisen weichen müssen.

Dabei gehen wir einer Kohlensteuerung entgegen, die die des Kohlennotjahres noch übertrifft.

Unsere Kollegen müssen bei der jetzt wieder beginnenden Winteragitation aller Orten diese Tatsachen den Indifferenten vor Augen führen, damit sie die Notwendigkeit eines gemeindefälligen Vorgehens mittels der Organisation begreifen lernen und sich unserm Verbands angeschlossen!

## Die Lage der städtischen Arbeiter in Frankfurt a. M.

Erfreulicherweise ist bei den gewerkschaftlichen Kämpfen der letzten Zeit immer mehr die Erscheinung zutage getreten, daß sich die Unternehmer herbeilassen mußten, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit ihren Arbeitern tariflich festzulegen. Auch die Zahl der Stadtgemeinden hat sich vermehrt, welche durch Erlaß von allgemeinen Arbeitsordnungen und Aufstellung von Lohnskalen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Arbeiter regeln. Nur hat es bei den Stadtgemeinden immer noch das Bewandnis, daß die Arbeitsordnungen zum großen Teil nach Gutdünken der Stadtverwaltungen „erlassen“, und nicht erst die Meinung des Gesamtarbeiters gehört werden. Solange die Festlegung solcher Bestimmungen ohne das Zutun der Arbeiterklasse zustande kommt, werden dieselben an Emietzalen leiden. Daher weisen auch alle „erlassenen“ Arbeitsordnungen und Lohnskalen die größten Lücken auf. Wo hingegen die Arbeiter selbst oder deren Vertreter mitgewirkt haben, ist immer ein Zug zum Besseren zu finden.

Eine solche Arbeitsordnung mit Lohnskala ist auch in Frankfurt a. M. für die händigen Arbeiter „erlassen“. Heute wollen wir nur die Lohnskala und die dazu bestehenden Ausführungsbestimmungen einer Betrachtung unterziehen, weil die darin festgelegten Sätze für die betreffenden Arbeiter in erster Linie in Frage kommen. Sie datiert bereits seit 1897 und hat zum 1. April 1906 eine geringfügige Aufbesserung erfahren. Bei der damaligen Bekanntgabe dieser Bestimmungen an die Stadtverordnetenversammlung sagte der Oberbürgermeister Dr. Adickes: „Wir sind überzeugt, daß unser System des Wohnungsgeldes den Siegeslauf durch Deutschland machen wird und daß wir einer großen Reform den Weg gebahnt haben.“ Die Licht- und Schattenseiten des Wohnungsgeldes wollen wir jedoch später besprechen, doch das steht fest, daß von dem Siegeslauf noch nichts zu spüren ist und daß mit der Nachahmung dieses Systems den Arbeitern nicht gerade ein großer Dienst erwiesen wurde. Die Frankfurter händigen Arbeiter sind alle Tage bereit, das Wohnungsgeld gegen einen, den Kulturansprüchen der Zeit entsprechenden Lohn umzutauschen. Die übrigen Bestimmungen sind damals von unseren Genossen im Stadtparlament als rüchständige und einem künftigen Gemeindefürsorge hingestellt worden. Daß sie damit nur zu recht hatten, beweist alle Tage die Praxis. Die städtischen Arbeiter Frankfurts leiden gegenwärtig schwer unter den wirtschaftlichen Verhältnissen, denn Frankfurt ist eine der teuersten Städte. Die Lebensmittelpreise und Wohnungsmieten stehen hier auf einer schier unerreichbaren Höhe. Das Gros der städtischen Arbeiter befindet sich in der ersten Lohnklasse, Anfangslohn 3,20 Mk., steigend bis zu 3,80 Mk. in 13 Jahren. Darunter sind aber nur die händigen Arbeiter zu verstehen. Inneres Wissen hat aber auch noch keiner den Wohlstand erreicht, weil die Zeiten vor Inkrafttreten der allgemeinen Arbeiterbestimmungen nicht zur Anrechnung kommen, so daß die meisten nur einen Lohn von 3,50 bis 3,60 Mk. beziehen. Wie mit diesen Löhnen auszukommen ist, kann sich nur einer vorstellen, der die Frankfurter Verhältnisse kennt. In der zweiten Lohnklasse befindet sich nur ein geringer Teil. In denselben sind die Sätze auch nur um ein geringes höher. Sie muß ebenfalls als ungenügend bezehmet werden. Die Handwerker leben in der dritten Klasse, die von 3,80 bis 4,20 Mk. steigt. Auch diese Bezahlung entspricht nicht den heutigen Löhnen in der Privatindustrie, denn dort werden die Handwerker mit 5 Mk., 5,50 Mk. und höher entlohnt, während die städtischen Hand-

werker 13 Jahre arbeiten müssen, ehe sie den „vorbildlichen“ Lohn von 4,80 Mk. erhalten.

Das wäre so die ganze Herrlichkeit an der Lohnskala für die städtischen Arbeiter, denn die 4. und 5. Klasse ist für den gewöhnlichen Arbeiter ein Pfälzchen Rührmischian. In diesen beiden Klassen sind nur Vorarbeiter, Hülfsaufseher, Rottenführer, Monteur, Oberstromeisner, Obergehülfe, erste Gärtner usw. zu finden; sie kommen also für Arbeiter gar nicht in Betracht. Das Widersinnigste bei den Ausführungsbestimmungen zu dieser Lohnskala über sie einmal näher betrachten will, schlage die „Gewerkschaft“, Jahrgang 1906, Nr. 10, Spalte 221-227, nach, ist, daß die Arbeiter keinen Rechtsanspruch auf darin befindliche Sätze haben, sondern sie sollen nur eine Richtschnur sein und das Aufsteigen in die höheren Stufen ist ganz von dem Willen der einzelnen Betriebsvorstände abhängig. Es können ja nun zu den in der Lohnskala festgelegten Sätzen Zuschläge, in der 1. bis 3. Klasse bis zu 10 Pf. und in der 4. bis 5. Klasse 50 Pf., gewährt werden; die aber nur bei besonders schwerer und schmutziger Arbeit zur Anwendung kommen. Auch in der Anrechnung dieser Zuschläge ist den einzelnen Vorgesetzten weitester Spielraum gelassen, denn es haben sich Fälle ereignet, daß der eine Arbeiter heute für eine Arbeit nichts oder nur 20 Pf. erhielt, während einem anderen, vielleicht dem Vorgesetzten näher stehenden Arbeiter 40 Pf. für dieselbe Arbeit berechnet wurde. Wenn es auch in den Ausführungsbestimmungen heißt: „Die Arbeiter haben dem Magistrat jährlich bis zum 15. April eine Aufstellung derjenigen Arbeiterkategorien (unter Angabe der Zahl der darin Beschäftigten) vorzulegen, welchen solche Zuschläge gewährt worden sind; eventuell ist Nachanzeige zu ermitteln“, so ändert das an der Tatsache nichts, daß die Anwendung dieser Zuschläge ziemlich willkürlich geschieht, denn wer wäre wohl imstande, nach einem Jahre nachprüfen zu können, ob der eine oder der andere diese Zuschläge zu Recht oder Unrecht erhalten hat, oder ob bei dieser oder jener Arbeit die Zuschläge zu beanspruchen sind. Die meisten Familienväter müssen, wenn sie nicht durch Ueberstundenarbeit oder sonstige Nebeneinkünfte ihren Lohn um ein geringes erhöhen können, mit einem Lohn von 19-20 Mk. nach Hause gehen.

Noch schlechter aber werden die unständigen Arbeiter bezahlt. Sie erhalten 3,20 Mk. pro Tag. Erst im verfloffenen Sommer, als man Arbeiter für diesen Lohn nicht mehr erhalten konnte, bequeme man sich, 3,40 Mk. zu zahlen; wie ja das Äußerste, welches in Nr. 25 der „Gewerkschaft“ wiedergegeben war, beweisen hat. Diese 3,40 Mk. gelten nun aber etwa nicht als fester Lohn, sondern 20 Pf. sind davon wiederum nur als Zuschlag gedacht, der jederzeit widerruflich ist. Konsequenterweise müßten doch auch diejenigen unständigen Arbeiter, welche schon vor dem Einstellen solcher beschäftigt waren, den Satz von 3,40 Mk. erhalten, aber weit gefehlt! Dieselben werden ruhig für 3,20 Mk. weiter beschäftigt. Ja, es sind sogar unständige Arbeiter vorhanden, die schon bis 9 und 10 Jahre ununterbrochen bei der Stadt beschäftigt sind und nur wegen dem rüchständigen Paragraphen in den Arbeiterbestimmungen, der besagt, daß Arbeiter, welche bei ihrem Eintritt in den städtischen Dienst das 40. Lebensjahr überschritten haben, nicht mehr ständig werden können, sich sonst aber als tüchtige und brauchbare Leute erweisen haben, mit einem Lohn von 3,20 Mk. abgefunden werden. Dieses System hat sich geradezu zu einem färlenden Mißstand herausgebildet. Die Befreiung einer solchen Bestimmung ist dringend notwendig, oder zum mindesten müßten diese Arbeiter, die man aus eng bürokratischen Anschauungen heraus nun einmal nicht mehr ständig machen will, entsprechend ihren Leistungen im Lohn mit den ständigen Arbeitern gleichgestellt sein. Es sind aber auch Beispiele vorhanden, daß solche, die das 40. Lebensjahr überschritten haben, ständig wurden. Auf welche Gründe das zurückzuführen ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Jedoch liegt die Vermutung nahe, daß höhere Faktoren als der Arbeiter selbst dabei mitgewirkt haben, denn wo die Volkswirtschaft — wie besonders in Wasserwerk — blüht, kann man sich solcher Gedanken nicht erwehren.

Wollte man alle Krängel und Inzutraglichkeiten hier aufdecken, müßte man meterlange Artikel schreiben. Das hier Angeführte genügt aber jedenfalls schon, um den Beweis zu erbringen, daß auch in der auf sozialpolitischem Gebiete oft so hoch gerühmten Stadt Frankfurt a. M. noch gar manches im arge liegt. Von manchen kleineren Städten ist Frankfurt in puncto Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Arbeiter weit überholt. Schuld daran trägt zum großen Teil auch der grenzenlose Indifferentismus, den einzelne Arbeiter und auch solche ganzer Betriebe an den Tag legen. Diese Leute glauben, daß all das Gute, das schon geschaffen worden ist, vom Himmel herabgefallen ist und sie brauchen es nur in Empfang zu nehmen. In neuerer Zeit scheint ja ein kleiner Zug zum Besseren sich zu vollziehen, denn es rührt sich und damit in fast allen Betrieben. Darum, Kollegen! Ruht die nächste Zukunft noch besser aus! Gattiere und organisiere jeder so gut als er kann, damit wie in kurzer Zeit auf eine respectable Mitgliederzahl kommen und dann mit vereinten Kräften an die Verbesserung der Lage für die Allgemeinheit herantreten können.

R. M.

### Der Streik der Gasarbeiter in Heidelberg.

Unsere Heidelberger Kollegen hatten im Juli d. J. dem Stadtrat folgende Vohnforderungen unterbreitet:

1. Die Eisenarbeiter des Gaswerks erhalten einen Anfangslohn von 1,50 Mk. pro Tag, nach zwei Jahren 1,75 Mk., nach 4 Jahren 5 Mk.
2. Die Eisenarbeiter einschließlich des auf den Oefen mit Reinigungsarbeiten beschäftigten Mannes, ferner die Heizer, Loberbeiter und Maschinenisten erhalten einen Anfangslohn von 1,20 Mk., steigend nach je zwei Jahren um 20 Pf., bis zum Höchstlohn von 1,80 Mk.
3. Die Hofarbeiter erhalten einen Anfangslohn von 1,10 Mk., steigend nach je zwei Jahren um 20 Pf., bis zum Höchstlohn von 1,20 Mk.
4. Zulagen, welche einzelne Arbeiter für besondere Leistungen erhalten, bleiben bestehen.

Diesen Lohn erhalten auch diejenigen Eisenarbeiter, welche Postour haben.

Zwischen Forderungen, die gewiß sehr bescheidene genannt werden müssen, war eine eingehende Begründung beigegeben, die insbesondere auf die bedeutend höheren Löhne der Gasarbeiter in den Städten der nächsten Umgebung hinwies, wo die Feuerhausarbeiter meist achtstündige Arbeitszeit haben, während in Heidelberg noch der Fünftundentag herrscht. Sofort nach Einreichung der Forderungen an den Stadtrat begannen die Treiberereien der Gaswerksleitung gegen dieselben.

Ein Duplikat der Eingabe war seitens des Arbeiterausschusses der Direktion übergeben worden, wurde aber von dem Direktor wieder zurückgegeben mit dem Bemerkten, es ginge ihm nichts an, da die Arbeiter sich direkt an den Stadtrat gewandt hätten. Man spielte also wieder einmal die Rolle der gekränkten Leberwurst, vielleicht verstand man auch die Höflichkeit nicht, die die Arbeiter veranlaßte, auch die Direktion von ihren Wünschen in Kenntnis zu setzen. Es läßt sich nun unfaßbar denken, daß unter diesen Umständen die Direktion ihren ganzen Einfluß beim Stadtrat geltend machte, um die Genehmigung der Forderungen zu hintertreiben, und zwar ist dies mit Erfolg geschehen, denn es wurde Ende August dem Arbeiterausschuß mitgeteilt, daß die Forderungen erst bei der Aufstellung des städtischen Budgets für 1908 in Betrachtung gezogen werden könnten. Rechtlichermode konnten sich unsere Kollegen hierbei nicht beruhigen, denn der zurzeit geltende Lohnsatz für Feuerleute nur Löhne von 3,00 bis 1,40 Mk. vor, die Maurer erhielten 1 Mk. bis 1,60 Mk. und die Hofarbeiter 3,20 bis 3,60 Mk. Für Feuerleute, die Retorten ziehen können, besteht eine Zulage von 20 Pf. Es wurde nunmehr eine erneute Eingabe an den Stadtrat gerichtet, die sofortige Beratung verlangte und in der innerhalb acht Tagen Antwort erbeten wurde. Diese Frist lief am 27. September ab, und der Oberbürgermeister, Dr. Willens ersuchte nun den Gauleiter Kollegen Deckmann, Rannheim und den Stadtverordneten Raufsch-Heidelberg, die bei ihm vorzuziehen, noch einige Tage, und zwar bis spätestens 2. Oktober zu warten, da eine Vorlage an den Stadtrat in Vorbereitung sei, die für die Feuerleute und Hofarbeiter wesentliche Lohnerböhung enthalte.

Des Stadtrats, auf die Leute wirkte, ist der Umstand, daß selbst alte, in Diensten der Stadt ergrante Arbeiter, die ein Vierteljahrhundert im Gaswerk zugebracht hatten, trotz der Ermahnungen und Warnungen des Direktors die Arbeit niederlegten, ein ehrendes Zeugnis aber auch für das Solidaritätsgefühl und die Charakterfestigkeit dieser Leute, die, um dem Schimpf und der Schande als Streikbrecher bezeichnet zu werden, zu entsagen, lieber ihre Altersversorgung aufs Spiel setzten, die Ertrugenshaft einer jahrzehntelangen Arbeit.

Weniger Ehrgefühl besaßen die Beamten und Handwerker, die sich nunmehr zu Klausurierdiensten brauchen ließen. Es ist bezeichnend für die ganze Stellung des unteren Beamtentums, das gezwungen ist, sich zu Diensten herzugeben, zu denen kein ehrlicher Arbeiter von einigermaßen entwickeltem Ehrgefühl sich brauchen läßt. Der doppelte Lohn, der bezahlt wurde, kostete natürlich auch einige andere Subjekte an, die zwar wenig und schlecht arbeiteten, dafür aber um so mehr den von der Stadt bezahlten Speisen und Getränken zusprachen. Die Herren Streikbrecher verkonsumierten am ersten Tage sbo. vier Schokliter Bier, eine ganz ansehnliche Leistung. Der beste Beweis für die Würdelosigkeit der Streikbrecher ist der, daß sie sich an ihrer Arbeit — photographieren ließen. Ob sie wohl die Bilder zum Andenken an ihre ruhmlose Tat auch noch aufhängen? Der Schmiedemeister der Abfabrikant beteiligte sich ebenfalls an der doppelt entlohnerten Beschäftigung, während die Gänge vorfuß herumließen. Ein würdiges Paar sind die Gebrüder Fischer von Dilsberg. Sie kamen mit dem früheren Aufseher im Gaswerk, jähigen Steintrydbeitzer Fischer, der mit seinen Arbeitern ebenfalls Streikbrecherdienste leistete, an und ließen sich von den Streikenden tagsüber Speisen und Getränke bezahlen, nahmen Geld an und — gingen abends als Streikbrecher ins Wert. Prühl über eine solche Gattung.

Tauf der Tätigkeit der Streikbrecher trat ein Gasmangel nicht ein. Wenn nun auch die „nützlichen Elemente“ den Betrieb auf die Dauer schwerlich halten konnten, so erdient es doch ratsam, unter annehmbaren Bedingungen den Streik abzubrechen.

Die Stadtverordneten Raufsch und Leh, die am 1. Oktober den Bürgermeister interpellierten, ersuchten die Streikleitung, mit dem Oberbürgermeister zu verhandeln, da dieser sich hierzu bereit erklärt habe. Es ging nun eine Kommission, bestehend aus dem Gauleiter Deckmann und den Kollegen Rimmeler, Hilbert und Sawweler, denen sich Stadtv. Raufsch angeschlossen, aufs Rathaus, wo der Oberbürgermeister zuerst das Vorgehen der Arbeiter in seinem Sinne kritisierte und erklärte, daß 11 Mann nicht mehr eingestellt werden könnten.

Die Kommission erklärte, daß unter diesen Umständen von einer Wiederaufnahme der Arbeit keine Rede sein könne und daß in diesem Falle die Arbeiter der Abfabrikant, die sämtlich organisiert sind, sich wohl solidarisch erklären würden. Die Kommission formulerte hierauf die Bedingungen, unter denen die Arbeit wieder aufgenommen werden könnte:

1. Wiedereinstellung sämtlicher Streikenden.
  2. Bezahlung des Feuerhauslohnes auch bei Postour.
  3. Dürfen keine Maßregelungen vorkommen.
- Daraufhin sandte das Bürgermeisterrat nach vorausgegangener Stadtratsitzung dem Gauleiter folgendes Schreiben:

Abdruck. Nr. 10304.

Der Stadtrat der Stadt Heidelberg.  
Herrn A. Deckmann, hier, Bergheimerstraße 101a.  
Die Arbeitsverhältnisse beim städt. Gaswerk betr.  
Mit Bezug auf die gestern von den Herren Stadtverordneten Raufsch und Leh angeregten und heute früh in Ihrer Anwesenheit fortgesetzten mündlichen Verhandlungen teilen wir Ihnen mit, daß wir unter den obwaltenden Verhältnissen bereit sind, die Gaswerksarbeiter, welche am 3. d. M. die Arbeit niedergelagt haben, im Betrieb des städtischen Gaswerks sämtlich wieder einzustellen, wenn sie morgen früh um 6 Uhr die Arbeit wieder aufnehmen, und zwar ohne daß aus Anlaß des Streiks Maßregelungen stattfinden sollen. Auf dem Gebiet der Löhne weitere Zugeständnisse zu machen als die den Arbeitern bereits vorgestern eröffneten, sind wir zurzeit nicht in der Lage. Tagelohn beistätigen wir die im Laufe der Verhandlungen, welche Herr Direktor Studak mit den Arbeitern vor Ausbruch des Streiks führte, von ihm wiederholt abgegebene Erklärung, daß der Stadtrat im Zusammenhang mit der Aufstellung des Gemeindevoranschlags für 1908 die Frage, ob nicht in einem oder dem anderen Punkte eine weitere Berücksichtigung von Wünschen der Gaswerksarbeiter möglich wäre, aufs neue prüfen wird. Die Absicht der Wiederaufnahme der Arbeit wolle im Laufe des heutigen Tages der Gaswerksdirektion mitgeteilt werden. Heidelberg, 5. Okt. 1907. Willens, Weith.

Mit Rücksicht darauf, daß der Oberbürgermeister bezüglich der früheren Behandlung der Vohnforderungen der Kommission gegenüber befriedigende Erklärungen abgegeben hatte, wurde hierauf die Wiederaufnahme der Arbeit einstimmig beschlossen. Sogleich gemäß diese Lehre der Gaswerksdirektion und veranlaßt sie, in Zukunft die Gleichberechtigung der Arbeiter im Arbeitsvertrag in der Praxis mehr anzuerkennen als bisher geschehen.  
A. Deckmann.

## Brief aus Mülhausen i. E.

Am 26. Oktober vorigen Jahres fanden hier Erbschaften zum Gemeinderat statt. Sämtliche bürgerliche Parteien hatten sich zusammengeschlossen, Zentrum, Liberale und Demokraten marschierten einträchtiglich zusammen, wodurch ihnen der Sieg und dadurch die Mehrheit im Gemeinderat zufiel. Das Zentrum hatte, in der ganz richtigen Voraussetzung, daß in einer solchen Industriestadt wie Mülhausen die aufgeklärte Arbeiterschaft nur mit Hilfe der indifferenten Arbeiterschaft wirksam bekämpft werden kann, einige „christliche Gewerkschaftler“ als „Arbeiterkandidaten“ aufgestellt, die denn auch gewählt wurden. Wie nun die Herren Fischer, christlicher Gewerkschaftssekretär, Jean Baptiste Gsell und Colestin Gstaalder, ebenfalls „christliche Gewerkschaftler“ sowie der weitere „Arbeiter“ Gemeinderat Hanhart ihr Mandat ausüben, davon zeugt folgendes Beispiel:

Im Januar d. J. wurde seitens unserer Organisation durch Vermittlung der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion ein Entwurf zu einer neuen Arbeitsordnung nebst Lohn-, Alters-, Altersvorsorge- und Arbeiterausbildungsgesetz eingebracht. Verlangt war namentlich die neunstündige Arbeitszeit sowie Erhöhung der bestehenden Wochenlöhne um durchschnittlich 3 Mk. pro Woche. Im Juni, also ein halbes Jahr später, stellten unsere Genossen den Antrag, die Angelegenheit im Gemeinderat zu verhandeln. Als in der Gemeinderatsitzung vom 20. Juni der Punkt behandelt werden sollte, erklärte der Herr Bürgermeister Hanhart: die Sache sei noch nicht genügend vorbereitet. Er sei ebenfalls für die Umänderung, aber wenn etwas gemacht werden solle, soll gleich etwas Nichtiges gemacht werden. Er beantragte Vertagung, die denn auch von der bürgerlichen Mehrheit, darunter die Herren Fischer, Gstaalder, Jean Baptiste Gsell und Hanhart beschlossen wurde.

Im Juli wurde seitens unserer Genossen der Antrag wiederholt. Um aber den Einwänden und Ausreden wie „die Materie sei zu schwierig“, „man dürfe eine derartige wichtige Sache nicht übereilen“ im voraus zu begegnen, war im Antrag die Frage der Arbeitszeuerverlängerung und Lohnherabsetzung herausgegriffen, um sofort behandelt zu werden, während die Regelung der übrigen Punkte später erfolgen sollte.

Aber was geschah? Abermals erklärte der Herr Bürgermeister, er sei noch nicht in der Lage gewesen, Stellung zu dem Antrag zu nehmen und würde es für verfehlt halten, wollte der Gemeinderat ohne die Stellungnahme der Stadtverwaltung zu kennen, über die beiden Punkte beschließen. Er ist für nochmalige Vertagung. Und Herr Fischer, der christliche Gewerkschaftssekretär? Der pflichtete der Auffassung des Bürgermeisters nicht nur bei, sondern beantragte und begründete lang und breit als einziger bürgerlicher Redner zu diesem Punkt die Vertagung! Man sei damit einverstanden, daß die Löhne verbessert würden, aber es sei heute abend zu spät, um eine so wichtige Sache zu regeln. Wenn ihm, wie das von Genossen Emmel wohl beabsichtigt sei, der Vorwärt der Verdrängung gemacht werden sollte, so betone er von vorn herein, daß sie für rückwirkende Geltung der Vorlage bis 1. August eintreten. Ferner pries er die Form der Familienzulage nach Straßburger Muster. Genosse Emmel hält daran fest, daß die Angelegenheit sofort erledigt wird. Wir stehen der Einführung von Familienzulagen sympathisch gegenüber, aber Hauptbedingung bei der Einführung muß sein, daß die Grundlöhne genügend hoch sind. Diese Erhöhung soll heute beschlossen werden, während die Familienzulage nach erfolgter Prüfung eingeführt werden können. Herr Fischer ist nochmals sehr eifrig gegen die sofortige Vertagung. Grundlöhne und Familienzulage müßten notwendigerweise zusammen beraten werden. Durch die rückwirkende Gestaltung der Vorlage würden die städtischen Arbeiter nur geringen Schaden von der heutigen Vertagung haben.

In der Abstimmung wurde dann die Vertagung mit 15 gegen 13 Stimmen beschlossen.

Hier sieht man wieder zur Evidenz, wie Führer der „christlichen“ Gewerkschaften die Interessen der Arbeiterschaft „vertreten“. Der Herr Bürgermeister, von dem es noch eher begreiflich erscheinen könnte, unterläßt es, die Vertagung zu beantragen. Der christliche Gewerkschaftler Fischer dagegen tritt als Verteidiger und Handlanger der Stadtverwaltung auf, damit den städtischen Arbeitern eine Lohnherabsetzung so lange wie möglich vorenthalten werden kann. Er will sich den Anschein als „Arbeiterfreund“ und Sozialpolitiker geben, indem er für Gewährung von Familienzulagen eintritt. Damit ist den Arbeitern nicht geholfen, wenn Familienzulagen auf Kosten der Grundlöhne gewährt werden, wie dies in Straßburg, das Herr Fischer als Beispiel angeführt hat, der Fall ist. In Straßburg charakterisieren sich die Familienzulagen in den weitaus meisten Fällen als Feigenblatt, um die Scham der niedrigen Löhne zu verdecken. Gerade am feinsten Stellen begreift man zu erweisen, daß derartige Zulagen nicht in die Grundlöhne eingerechnet werden, hätte Herr Fischer und seine Freunde für die sofortige Grundlohnherabsetzung eintreten müssen, damit nicht bei späterer Vertagung über beide Punkte mit den Zulagen die Grundlöhne oder umgekehrt etwaige Zulagen durch die Grundlöhne herabgedrückt werden. Mein Herr Fischer mag wohl selbst die Entdeckung gemacht haben

oder von seinen Straßburger Parteifreunden darauf aufmerksam gemacht worden sein, daß man bei Einführung von Familienzulagen den Arbeitern das Dreifache am Grundlohn abzwacken und trotzdem als großer Sozialpolitiker à la Bürgermeister Schwander figurieren kann, deshalb kein eifriges Bestreben nach gemeinsamer Behandlung beider Punkte. Ganz besonders kraß springt die „Arbeiterfreundlichkeit“ bei der Abstimmung in die Augen. Mit 15 gegen 13 Stimmen wurde die Vertagung beschlossen. Die Herren Fischer, Gstaalder, Hanhart hatten das Züngeln an der Waage gebildet, und sie haben es als echte „Christen“ zumungunsten der Arbeiter geneigt. Am 13. August fand denn auch eine außerordentlich zahlreiche öffentliche Versammlung statt, in welcher das Verhalten dieser „Arbeiter“ Gemeinderäte entschieden verurteilt wurde.

Daß sich bei einer solchen miserablen Haltung der Herren Fischer und Genossen einzelne ihrer Parteifreunde vom Zentrum ablösen, alles gegen die städtischen Arbeiter erlauben zu dürfen, ist erklärlich. Wurden da in der Gemeinderatsitzung vom 18. September die städtischen Arbeiter von den Herren Gemeinderäten Fröndle und Wigenwald als „Stummel“ denunziert, Gemeinderat Genosse Wich wies diesen Vorwurf energisch zurück. Unter dem Vorfall der gesamten bürgerlichen Mehrheit, die in ihrem Kampf gegen die Regierarbeit vor keinem auch noch so fragwürdigen Mittel zurückzuckt, wiederholen diese eblen „Kämpfer für Wahrheit und Recht“ ihre die gesamte Arbeiterschaft beleidigenden Äußerungen in einer Weise, daß sich selbst Herr Gstaalder zu einer matten Erwiderung aufraffte.

Diese Äußerungen riefen eine außerordentliche Aufregung unter der Arbeiterschaft hervor. Am 26. September fand im „Ballattheater“ eine Volksversammlung statt, die so stark besucht war, wie man es selbst in Zeiten höchster politischer Bewegung selten trifft. Auf 8½ Uhr war der Beginn festgesetzt. Um 7½ Uhr mußten schon sämtliche Zugänge polizeilich abgesperrt werden. Eine vielhundertköpfige Menge mußte unerrichteter Dinge wieder abziehen, während ein anderer Teil sich noch durch die Fenster zwängte, um der Abrechnung mit ihren beleidigten beizuwohnen. Schluß gingen die Redner des Abends, die Genossen Trumm, Emmel, Kollege Pürker, Genosse Wich u. a. mit den Reaktionen aller Schattierungen ins Gericht. Schwingelos wurde die arbeiter- und volkstümliche Politik der sogenannten „Sparmehrheit“ bloßgelegt, vielfach unterbrochen von dem Vorfall der Jubeler, die damit bewiesen, wie sehr ihnen die jetzige Rathauswirtschaft, sowie der ewige Krieg der Ordnungsmänner gegen die Regierarbeit zuwider ist. Mit der einstimmigen Annahme einer entsprechenden Resolution des Kollegen Pürker wurde die imposante Protestkundgebung geschlossen.

Wer aber trägt die meiste Schuld mit daran, wenn die berechtigten Wünsche der Kollegen auf die lange Bank geschoben werden? Wenn die städtischen Arbeiter in ihrer Allgemeinheit sich Kummelei nachsagen lassen müssen? Wenn sie aufsehen müssen, wie von den Herren Wigenwald, Fröndle usw. Sturm gegen die Regierarbeit gelaufen wird? Unsere Kollegen mögen sich an ihre Brust klopfen und ruhig sagen, daß sie selbst mit Schuld an diesen Zuständen sind. Durch die indifferente Arbeiterschaft, die sich mit dem Steuerzettel ins Pockhorn jagen ließ, ist die jetzige Mehrheit aus Ander gekommen. Die indifferenten städtischen Arbeiter, die ihre Verbandsbeiträge „sparen“ wollen, sind schuld daran, wenn Parteifreundungen und Beleidigungen auf sie herabgeprasseln. Nur durch eine starke Organisation kann dahin gewirkt werden, daß auch der städtische Arbeiter als Mensch und Arbeiter voll und ganz geachtet wird und die miserable Lage der Mülhauser Kollegen durch Berücksichtigung ihrer berechtigten Wünsche verbessert wird.

## Die 2. Konferenz des Gaus Rheinland-Weiffalen

wurde am Sonntag, den 15. September 1907, im „Gewerkschaftshaus“ in Pirmen abgehalten. Die Tagesordnung lautete:

1. Bericht des Gauleiters und der einzelnen Filialen über den Stand und Entwicklung der Organisation.
2. Die Taktik bei Lohnbewegungen.
3. Verschiedenes.

Kollege Schäfer gibt bekannt, daß der Inspektor der Pirmener Gasanstalt die beabsichtigte Befristung der Gasanstalt abgelehnt hat.

Anwesend sind 15 Delegierte. Sämtliche Mandate werden für richtig befunden.

Außer den Delegierten sind anwesend vom Verbandsvorstand der Kollege C. Riedel Berlin, vom Pirmener Gewerkschaftsstellvertreter der Kollege Zehndorf.

In das Bureau werden gewählt: E. Labner Köln, 1. Vorsitzender, Garble Elberfeld, 2. Vorsitzender und Menden Pirmen, Schriftführer.

Kollege Zehndorf begrüßt die Konferenz namens der Pirmener organisierten Arbeiterschaft. Er erinnert daran, daß gerade im Wuppertal der Gewerkschaftenverband in letzter Zeit schwere Kämpfe zu bestehen hatte, die zeigten, wie notwendig der weitere Ausbau der Organisation sei. Er wünschte der Konferenz beste Arbeit.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung führt Gauleiter Schäfer Köln aus: Seit der letzten Gauleiterkonferenz seien die Fortschritte nicht so gewesen, wie es wünschenswert erscheine. Filialen seien drei neu gegründet worden: Essen, Memscheid und M. Gladbach, die beiden letzteren sind wieder eingegangen. Folgendes Bild gibt etwas Aufschluß über die Entwicklung:

	1906	1907	+ mehr
	1. Quart.	1. Quart.	- weniger
Verkaufte Marken . . . . .	7688	9556	+ 1868
Gelanteinnahme . . . . .	3223 M.	5039 M.	+ 2765 M.
An den Verbandsvorstand gezahlt . . . . .	1302 "	2615 "	+ 1313 "
Raffinbehalt der Filialen . . . . .	1129 "	957 "	- 172 "
Mitgliederstand (Schluß) . . . . .	920	1083	+ 163
Mitgliederstand zu 13 Wochen berechnet . . . . .	594	735	+ 141

Der mangelnde Fortschritt sei nicht auf die Beitragsverhöhung, sondern auf die mangelnde Mitarbeit der Kollegen, auf die verpöhllose Andolung der städtischen Arbeiter zurückzuführen. In Düsseldorf, Rodum, Wesselscheider, Coblenz, Bonn, Oberhausen sei tüchtig die Werbetrommel gerührt worden, leider ohne Erfolg. Dasselbe sei der Fall mit Mersfeld und einer Reihe weiterer Städte. Die Geschäfte in Köln absorbieren seine halbe Kraft, wodurch die Agitation im Gau nicht so betrieben werden könne, wie dies notwendig sei. Der Ausgang in Köln sei demselben Umstande zuzuschreiben. Mehr Zeit müsse für ihn die Lösung heißen. Dies sei nicht anders zu ermöglichen, als daß bald in Köln eine zweite Kraft freigelegt würde, die ihn entlaste. Dann: ginge es auch vorwärts im Gau, und in Köln würden die Verhältnisse stabilere.

Die Beziehungen zu den anderen Gewerkschaften seien die besten. Dasselbe sei in Bezug auf die Partei zu sagen. Redner bespricht nunmehr die Verhältnisse an den einzelnen Orten. Vor allem kritisiert er die zu hohen Ausgaben für persönliche Verwaltung in Köln und Düsseldorf.

Mit der Aufforderung an die Delegierten, ihn mehr als wie früher zu unterstützen, und an den anwesenden Vertreter des Verbandsvorstandes, die Wünsche der Kollegen auf Freistellung eines Beamten in Köln zu unterstützen, schloß Kollege Schäfer seine Ausführungen.

Reumann-Möln schildert die mißlichen Verhältnisse, in der sich die Filiale Köln seit der letzten Konferenz befinden hat. Der Zustand der Verwaltungen sei gewachsen. Es gehöre nun dazu, einen Posten im Vorstand anzunehmen. Man müsse jeden nehmen, ohne viel nach seiner Qualifikation zu fragen. Darunter litt die ganze Geschäftsführung. Die Unterlassiger konnten nicht kontrolliert werden, die Mitglieder wurden vernachlässigt. Dazu kam, daß Kollege Schäfer sehr viel im Gau zu tun hatte. Erschwerend komme in Betracht, daß Köln geographisch sehr ausgedehnt sei. Da an 1000 Arbeiter für unsere Agitation in Frage kämen, war man sich in Köln schon seit langem darüber einig, daß ein Kollege speziell für Köln freigestellt werden müsse. Die Anstellung eines weiteren Kollegen sei eine Gauforderung, an der alle Filialen gleichviel interessiert seien.

Wesjohrt-Parmen bedauert, daß Schäfer infolge seiner Tätigkeit für Köln so wenig für die übrigen Zahlstellen tun könne. Parmen selbst habe einen zufriedenstellenden Fortschritt aufzuweisen. Ein Fehler sei es gewesen, daß der 5 Pfennigzuschlag bei Einführung der 35 Pfennigmarke aufgegeben sei. Parmen habe in einer intensiven Lohnbewegung gestanden. Der Erfolg sei jedoch kein zufriedenstellender.

Romm-Düsseldorf: Kollege Schäfer hatte in Düsseldorf sehr viel Arbeit, würde aber von Köln zurückgehalten. Schäfer sei mehr städtischer Lokalbeamter als Gauleiter. Er beantragt namens diverser Delegierten: „Ihn den Gauleiter zu entlasten und ihm zu ermöglichen, die Agitation im Gau intensiver zu betreiben, wird in Köln ab 1. 1. 1908 ein Lokalbeamter angestellt. Die Filialen des Gaues Köln erklären sich bereit, 1/3 der Kosten zunächst für ein Jahr zu decken. Der Verbandsvorstand ist anzugeben, die restliche Summe beizusteuern.“

Gräbs-Elberfeld berichtet von seiner Filiale, daß es vorwärts gegangen sei. Die Lohnbewegungen haben nicht den Erfolg gezeigt, wie erwartet wurde.

Kubenaich-Zolingen stellt fest, daß die Solinger Zahlstelle sich geföhrt habe. Der Kollege Schäfer hat uns zu jeder Zeit unterstützt.

Seine Essen weiß nur zu berichten, daß die Zahlstelle seit der Gründung keine Fortschritte gemacht habe. Wir haben in den städtischen Betrieben die ausländischen Arbeiter, die für den Verband nicht zu haben sind. In der Gasanstalt haben die Stürche. Der Gauleiter Schäfer möchte sich mehr um Essen kümmern, vielleicht würden dann erfreulichere Resultate erzielt.

Riedel-Berlin stellte zunächst fest, daß der Gauleiter seine Pflicht im vollsten Maße getan und daß er ein arbeitsreiches Jahr hinter sich habe. Auf die einzelnen Verichte eingehend, batonte Redner, daß er keine Versprechungen machen könne, daß er ledig sich die vorgebrachten Wünsche dem Verbandsvorstand unterbreiten und sie vertreten könne. Er glaube aber nicht, daß der Verbandsvorstand auf den eingereichten Antrag eingehen werde. Das Statut

besage, daß die Kosten des Gaubureaus vom Verbandsvorstand zu tragen seien. Tragen die Filialen zu den Kosten eines Lokalbeamten in Köln bei, so sei das indirekt eine Beihilfe zum Gehalt des Gauleiters. Wenn in einer Mitgliederversammlung von 26 Kollegen 18 einen diesbezüglichen Beschluß fähigen, so könne man nicht ohne weiteres den weittragenden Beschluß zur Ausführung bringen. Es sei daher die Pflicht des Verbandsvorstandes gewesen, eingzugreifen. Er halte dafür, daß die Kölner Filiale alle Hebel in Bewegung setzen müsse, um Mitglieder zu gewinnen, um auf diese Weise die Anstellung eines Beamten ermöglichen zu können. Der Verbandsvorstand würde vielleicht auf Grund der eigenartigen Verhältnisse eine Beihilfe gewähren; wenn aber die Mitgliederzahl zurückginge, so müsse er sich dies noch überlegen. Er ersucht, den Antrag nicht anzunehmen, vielmehr die Sache dem Verbandsvorstand zur Berücksichtigung zu überweisen.

In der Nachmittags-sitzung erklärt Schäfer-Köln: Seiner Meinung nach liege, wenn der Antrag verwirklicht würde, keine Statutenverletzung vor. Denn das Statut verbiete keineswegs, daß sich die Filialen untereinander unterstützen. Im übrigen betonte er nochmals, daß es so nicht weitergehen könne. Er müsse von den Arbeiten in Köln entbunden werden. Dann könne er im Gau arbeiten, sonst nicht. Darin seien sich alle Kollegen einig. Mit dem Antrag wolle man keineswegs eine Profession ausüben. Er sei Selbstzweck.

Schiefer-Köln weist auf die große Arbeit hin, die die Weiterentwicklung der Kölner Filiale bedinge. Nachdem Schäfer mehr im Gau gearbeitet habe, sei in Köln Stillstand eingetreten.

Straßburger-Köln: Die Agitation unter den Kölner Gemeindefabrikanten sei die denkbar schwierigste. Man habe es mit den rüchständigen Arbeitern zu tun. Das hätte der Verbandsvorstand bedenken müssen. Derselbe habe früher eingegriffen müssen, besonders, als der Aufschwung eintrat. Das habe der Verbandsvorstand versäumt. Es sei notwendig, endlich etwas von seiten des Verbandsvorstandes unternommen zu gehen.

Riedel-Berlin weist diese Vorwürfe zurück. Er weise darauf hin, daß mit dem 1. Oktober die Erwerbslosenversicherung in Kraft trete, die dem Verbandsvorstand ein hübsches Stück Geld koste.

Romm-Düsseldorf: Düsseldorf habe an dem Antrag ein großes Interesse. Schäfer müsse mehr für Düsseldorf tun. Wäre Schäfer in Düsseldorf anstatt in Köln stationiert, wir hätten sicher 100 Proz. mehr Mitglieder in der Filiale.

Ein Antrag des Kollegen Schäfer ging ein. Er lautete: „Die Konferenz hält es für unerlässlich, daß alsbald, möglichst ab 1. Januar 1908, dem Gauleiter eine Hilfskraft bezw. ein Lokalbeamter beigegeben wird, dem die Bearbeitung des Kölner Bezirks obliegt. Sie ersucht den anwesenden Vertreter des Verbandsvorstandes, in diesem Sinne zu wirken. Die anwesenden Vertreter der Filialen erklären, eventuell dafür einzutreten, daß selbige zu den Kosten beitragen.“

Schäfer-Köln bittet, den ersten Antrag zurückzuziehen. Reumann-Möln schließt sich dem an.

Der erste Antrag wird zurückgezogen. Gräbs-Elberfeld spricht sich gegen den Antrag Schäfer aus. Er sei nicht dafür zu haben, daß die Filialen zu den Kosten eines Kölner Lokalbeamten beisteuern sollen.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß Gräbs zu den Unterzeichnern des ersten Antrages gehört.

Gräbs-Elberfeld erklärt, die Tragweite des Antrages nicht erkannt zu haben.

Schiefer-Köln stimmt der Resolution zu.

Es erfolgt die Abstimmung über den Antrag Schäfer. Bei der Feststellung des Resultates wird die Richtigkeit desselben angezweifelt. Es folgt eine zweite Abstimmung. Der Vorsitzende stellt fest, daß die Resolution mit 9 gegen 6 Stimmen angenommen ist.

Tafür stimmten die Vertreter von Köln, Düsseldorf, Solingen und Tertimund, dagegen Parmen, Elberfeld und Essen.

Kollege Schäfer-Köln konstatiert, daß die Gegner des Antrages nur mit dem zweiten Absätze, der von der Besteuerung der Filialen handelt, nicht erwiderten sind. Die Konferenz befristet dies.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung nahm der Kollege Schäfer-Köln das Wort: Es sei notwendig, daß die Lohnbewegungen in geregelte Bahnen gelenkt würden. Vor allem sei auf die Etablismenten der Verwaltungen Rücksicht zu nehmen. Es müsse mehr auf die Anerkennung der Organisation gebrannt werden. Bei Streikbewegungen müsse mehr auf Ruhe und Reinlichkeit Bedacht genommen werden. Besonders müsse dies von den Vorstandsmitgliedern verlangt werden. Vor allem aber müsse auf die Schulung der Mitglieder Wert gelegt werden, damit auch die Bewegungen mit Takt und Heberlegung geführt werden könnten.

Riedel-Berlin schließt sich den Ausführungen des Kollegen Schäfer an. Er gibt aus der Praxis eine Reihe von Fällen bekannt, die zeigen, daß wir einen mehr als ebenbürtigen Gegner in den Stadtwahlkämpfen haben. Stärkung der Organisation sei die Voraussetzung aller Erfolge.

Wesjohrt-Parmen erklärt, daß der Arbeiterausdruck in Parmen seine Pflicht getan hätte. An der weiteren Debatte be-

teiligten sich die Kollegen Siefert, Neumann-Köln, Womm-Düsseldorf, Gräb und Gorkle-Elberfeld.

Von einer Beschlusfassung wurde abgesehen. Nach einem Schlusswort des Kollegen NiedeL-Berlin schloß der Vorsitzende die Konferenz um 6 Uhr mit einem Hoch auf den Verband.

Die Parmer Kollegen hatten für den Abend einen Stammtisch veranstaltet, der von den Delegierten besucht wurde. Kollege Schärer sprach den Parmer Kollegen für ihre Bemühungen um die Konferenz den Dank der Delegierten aus.

### Notizen für Gasarbeiter.

In der bedeutendsten Stadt Oberitaliens, in Mailand, sind die Gasarbeiter in den Ausstand getreten. Im Augenblick ist die Bewegung auf die Hafenstadt Genua übergegriffen. Sehr wahrscheinlich werden noch eine Reihe anderer italienischer Städte in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Gaswerke dieser Städte befinden sich in Privatbesitz, und zwar in Händen einer Englischen Gesellschaft, der J. C. W. A., welche auch in Berlin, Aachen usw. Gaswerke besitzt.

Leider ist es der Gesellschaft in Berlin gelungen, unter Verpiegelung falscher Tatsachen 23 Kollegen zur Reise nach Mailand zu bewegen. Die Vorbereitungen dazu geschahen so plüschlich, daß die Berliner Kollegen vor einer vollzogenen Tatsache standen, als sie den Sachverhalt erfuhren. Es sind fast ausschließlich unorganisierte Kollegen von der Verwaltung ausgeführt worden.

Im Augenblick sind alle Vorbereitungen getroffen, um weitere Abfindung von Arbeitswilligen nach den Streitorten zu verhindern.

Die Kollegen, welche in irgend einer Filiale Deutschlands der J. C. W. A. (Engl. Gasanlagen) beschäftigt sind, werden ganz besonders ermahnt, sich nicht als Streikbrecher für Italien gebrauchen zu lassen!

### Aus unserer Bewegung.

**Berlin.** Zu den in voriger Nummer seitens des Verbandsverbandes veröffentlichten Ausführungsbestimmungen betr. Erwerbslosenunterstützung — deren sorgfältige Beachtung wir den Kollegen nochmals besonders empfehlen — sind nachstehende Ergänzungen von der Ortsverwaltung beschlossen worden, welche durch bessere Verhältnisse der Filiale bedingt werden: 1. Arbeitslos werdende Mitglieder haben die Pflicht, sich sofort persönlich im Bureau zu melden, sofern sie bezugsberechtigt sind und ihrer Rechte nicht verlustig gehen wollen. Ferner müssen sie sich täglich zwischen 10 und 12 Uhr vormittags im Bureau zur Kontrolle einfinden; über Kontrollverleumdungen für sehr entfernt wohnende Arbeitslose wird von der Ortsverwaltung von Fall zu Fall Entscheidung getroffen. Als Legitimation sind Mitgliedsbuch, Arbeitsbescheinigung und Invalidenkarte vorzulegen. — 2. Erkrankte bezugsberechtigte Mitglieder müssen sofort schriftlich (per Postkarte) die Erkrankung dem Bureau melden, wobei genau der Erkrankungsstag anzugeben ist. Nach Ablauf der zweiten Krankheitswoche (für die erste wird laut Statut Unterstützung nicht gezahlt) wird im Bureau gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches und des vom Arzt ausgefüllten Krankenscheins die Unterstützung ausgezahlt; das Gleiche gilt für die weiteren Krankenscheine. Wenn die Gesundheitskarte bereits in der ersten Krankheitswoche wieder erfolgt, ein Unterstützungsbezug also gar nicht eintritt, erühen wir dringend um promptende Mitteilung. — Bezugsberechtigt sind alle Mitglieder, welche vom 1. Oktober 1906 ab mindestens 52 Wochenbeiträge gezahlt haben.

**Die Ortsverwaltung.**  
**Berlin.** Am 30. September fand eine allgemeine Vertrauensmännerversammlung unserer Filiale statt. Unter den bekanntgegebenen Mitteilungen ist zuerst die Herausgabe des Protokolls von der internationalen Konferenz, sowie der neuen Malender für das Jahr 1908 zu erwähnen. Zahlreiche möglichst frühzeitige Bestellungen wurden dringend gewünscht. Weiter wurde auf die vom Verbandsvorstand herausgegebenen Verbandeplakate hingewiesen. Bezüglich der beschlossenen Ailalunterstützung ist mitzuteilen, daß die Sitzungen derselben in allen neuen Mitgliedsbüchern einzellebt werden. Die aus Anlaß der Lohnbewegung notwendige öffentliche Versammlung aller städtischen Arbeiter findet am 23. Oktober bei Heller statt. Pflicht der Vertrauensleute ist es, für zahlreichen Besuch zu sorgen. Unter anderem Hinweis auf das am 12. Oktober stattfindende Stiftungsfest waren die geschäftlichen Mitteilungen erledigt. Alsdann referierte unser Verbandsvorsitzender A. Wob über die Durchführung der neuen Unterstützungsbestimmungen. Unter Berücksichtigung der gegebenen statistischen Bestimmungen führte derselbe den Vertrauensleuten die notwendigen verwaltungstechnischen Maßnahmen klar vor Augen. Im übrigen erühen wir nochmals alle Kollegen die in der Nr. 40 der „Gewerkschaft“ vom 4. d. M. veröffentlichten Ausführungsbestimmungen recht aufmerksam durchzulesen. In der

sich entspinneenden regen Diskussion wurden besonders die erlassenen Kontrollbestimmungen behandelt. Die hierbei geäußerten Bedenken werden der Ortsverwaltung als Material für die zu diesem Punkt zu gebenden Verhaltensmaßregeln überwiesen. — Alsdann referierte Kollege Wob über die Taktik der „Arbeiterausschüsse“. Hierüber wird demnächst eine besondere Abhandlung in der „Gewerkschaft“ erfolgen.

**Halle a. S.** Die Gemeindegewerkschaften bielten am 29. September eine gutbesuchte Mitgliederversammlung ab. Kollege Vertbold-Weipzig sprach über: Die nächsten Aufgaben der Gemeindegewerkschaften in Halle a. S.“ Medner erntete reichen Beifall. Hierauf folgte eine rege Diskussion. Unter Verbandsangelegenheiten wurde beschlossen, Klappen für Mitgliedsbücher anzuschaffen, die für 10 Pf. verausgabt werden, um die Mitgliedsbücher in einem besseren Zustande zu erhalten. Da mit dem 1. Oktober die Erwerbslosenunterstützung in Kraft getreten ist, haben sich arbeitslose Kollegen täglich früh zwischen 9-11 und nachmittags 3-5 Uhr im Verbandslokal („Goldene Metze“), Alter Markt 11, bei Gen. Sachse zu melden. Kranke Mitglieder haben sich schriftlich oder mündlich beim Vorposten zu melden. Alsdann wurde ein Vergütungsausschuss gewählt, welches die weiteren Schritte für einen Familienabend treffen soll. Da die Bezirke um die Hälfte verkleinert sind, wurden die Kollegen Mahnt, Lube und Schumann als Unterfasser gewählt. Folgende Resolution wurde alsdann einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung beschließt, auch in diesem Jahre wiederum in eine Lohnbewegung einzutreten. Gefordert wird Einführung eines Söbererlohnes für alle Arbeiter und eine generelle Lohn-erhöhung. Die Versammlung erklärt, durch die vorjährige Lohn-erhöhung nicht befriedigt zu sein und erwartet, daß den städtischen Arbeitern seitens der Verwaltung mehr Entgegenkommen gezeigt wird als im vorigen Jahre.“ Nach einem Schlussappell des Kollegen Vertbold erfolgte Schluß der Versammlung.

**Hamburg.** Allgemeine Mitgliederversammlung am 19. September im Gewerkschaftshaus. Kollege Purger erstattete Bericht über die Stuttgarter Tagung. Die Wiedergabe der Verhandlungen der Gemeindegewerkschaften war nur kurz gehalten und verwies der Referent dazu auf die Berichterstattung in der „Gewerkschaft“. In der Hauptsache galt der nahezu zweitägige Vortrag dem Arrangement, der Signatur, dem Verlauf und Effekt des Allgemeinen Arbeiterkongresses. Am Schluß wurde dem Vortragenden angeleitete Anerkennung. Hervorzuheben aus dem Vortrage sind besonders die Ausführungen über die Wehrfrage und Kolonialpolitik. Die absolute Negation in diesen Dingen wurde als falsch bezeichnet. Auch die Arbeiter müßten mit Realitäten rechnen lernen, wenn sie nicht unfruchtbarer Politik treiben wollten. Militär- und Kolonialfrage müßten unsererseits eine Lösung erfahren im Sinne fortschreitender Kultur. Wollte man diese aber auf jenen Gebieten fördern, konnte es in der Praxis nur durch entsprechend gehaltene Mitarbeit geschehen. Sprunghafte Entwicklungen lägen auch hier nicht in absehbarer Wirklichkeit, also werde nur planmäßige realpolitische Tätigkeit greifbare Erfolge zeitigen. — Schonberg ist mit den Verhandlungen und noch mehr mit dem Ergebnis der Gemeindegewerkschaften unzufrieden. Die über unsere zukünftige gewerkschaftliche Politik beschlossene Resolution sei ein schlecht gelungener Verlegenheitsbeschluss. Nach Medners Ansicht hätte sich für unsere programmatischen Richtlinien ein Rahmen finden lassen müssen. Aber dazu sei die Konferenz nicht gekommen. Die Resolution empfehle, bis zur nächsten über drei Jahre stattfindenden Konferenz über unsere Grundfrage fleißig zu diskutieren. Das wäre aber doch seit Wachsen unserer Bewegung geschehen und würde auch in aller Zukunft erfolgt sein, ohne eine Anweisung aus Stuttgart. Die Konferenz habe also in der Hauptsache ihren Zweck verfehlt. Weiter aber so scharf zu protestieren gegen die der Bewegung von mehreren und besonders deutschen Delegierten empfohlenen Direktiven. Darüber müßten wir uns noch gründlicher auseinandersetzen. (Wird geschehen, sobald das Protokoll erschienen. T. Verf.) Nur zwei Kollegen wurden als Notfallunterstützung zusammen 10 Mark bewilligt. Es wurde hingewiesen auf die allen Mitgliedern zuzustellenden geschäftlichen Mitteilungen, welche die Erwerbslosenunterstützung betreffen. Die Mitteilungen sind anzusehen als eine Ergänzung zu der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in Nr. 10 der „Gewerkschaft“ vom 3. Oktober 1907. Ferner wurde aufmerksam gemacht auf die Arbeiterbildungsgesellschaft, die mit Beginn des Monats Oktober neue Unterrichtskurse eröffnet haben. — Die Abrechnung vom Sommerfest wies 177 Mark als Ueberschuß auf. Das diesjährige Stiftungsfest soll stattfinden am Sonntag, den 20. Oktober, im Gewerkschaftshaus.

Am 26. September tagte im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der Sektion Staatskassarbeiter. Dieselbe behandelte eingehend den Entwurf betreffend die Satzungen für Arbeiterausschüsse in den Staatsbetrieben. Das einleitende Material erstattete Kollege Schönberg. Seine Ausführungen gipfelten in dem Schluß, daß die Staatsarbeiter aller Gruppen eine erhebliche Verbesserung des Entwurfs fordern müßten. Auch die Staatsarbeiter hätten dazu alle Ursache. Sei doch erst kürzlich wieder ihr

Vertretung — der Vorstand des Affordarbeiterkorps — als Arbeitervertretung gebrandmarkt worden. Die Versammelten waren derselben Meinung und stimmten diesen Ausführungen bei. Es soll auch eine Verbesserung der Lohn und Arbeitsbedingungen der Staatsarbeiter von neuem energisch gefordert werden. Dazu liegt der Deputation für Handel und Schifffahrt noch eine von uns vorgelegte Eingabe vor. Die Verwaltung weiß also, was die Arbeiter wollen. Lohnaufbesserung und kürzere Arbeitszeit und zwar recht bald! — Auf die Anfrage, warum dem Gauleiter des Hafenarbeiterverbandes, Rodsien, auf seine Angriffe gegen unsere Organisation im „Hamburger Echo“ nicht verdienentmäßen geantwortet worden sei, antwortete die Sektionsleitung, daß si. Rodsien bisher geschont hätte in Rücksicht auf die von ihm vertretene Organisation; man könne dieser die Fehler eines einzelnen nicht entgelten lassen. Auch habe die „Echo“-Redaktion erklärt, in Zukunft würden solche, die Arbeiterbewegung schädigenden Auslassungen keine Aufnahme mehr finden. — Zum Schluß erteilte Schleich noch eine Reihe Unterweisungen hinsichtlich der Meinagitation und -Organisation. Insbesondere solle betont werden, daß wir wohl auf allen Mannreihen und Schuppen unsere Vertrauensmänner hätten, es aber doch nicht unterlassen werden, diese Postenliste immer mehr zu verstärken. Es müssen auf jedem Schuppen 2-3 Vertrauensmänner gefunden werden. Auf jedem Schuppen müßte sozusagen eine vollständig in sich abgeschlossene Organisation sein. So müsse das ganze vervollkommen werden. Dazu sei aber die selbstlos hingebende Mitarbeit aller Mitglieder notwendig.

**Reilbronn.** Die am 10. Septbr. stattgehabte Sektionsversammlung der Gas- und Wasserwerke, die sehr gut besucht war, bewies, daß die Kollegen jener Betriebe mit voller Energie ihrem gesteckten Ziele zutreiben. Kollege Fiegler wies zahlreiche Mängelstände nach, die unbedingt zu beseitigen sind. Die größte Mißstimmung der Kollegen rief hervor, daß die zum 1. Januar 1907 versprochene allgemeine Aufbesserung von 10 Pf. pro Tag noch heute auf sich warten läßt. 9 Kollegen wurden im Laufe des Jahres nur berücksichtigt, und so entstand eine Gärung und allgemeine Unzufriedenheit unter den Kollegen. Sie stehen auf dem Standpunkt, daß der gewinnbringende Betrieb des Gaswerkes sehr wohl auch für die Arbeiter etwas tun kann und wir eine regulierende Lohnstaffel verlangen können. — Nach reger Diskussion wurde der Beschluß gefaßt, eine dementsprechende Eingabe an die Direktion einzubringen mit den Unterschriften der organisierten Kollegen. Die Vertreter des Arbeiterausschusses wurden beauftragt, unbedingt auf dieser Forderung zu beharren. Des weiteren wurden die noch verbleibenden Kollegen kategorisch aufgefordert, dem Verbandsbeitritt. Mehrere weitere Wünsche sollen durch den Gauleiter ausgearbeitet und in einer Eingabe eingereicht werden. Dierauf schloß Kollege Magholz die gut verlaufene Versammlung.

**Leipzig.** Die städtischen Straßenreiniger nahmen in der öffentlichen Versammlung am 20. September im Volkshaus die Antwort des Rates auf ihre im Mai eingereichte Lohnmengabe entgegen. Darin wird die Forderung auf Wochenlohn rüchweg abgelehnt wie auch der Zuschlag von 25 Proz. für die Nachtarbeit. Im ersten Punkt verweist der Rat auf die im April erfolgte Lohn-erhöhung, der ebenfalls im Mai d. J. die Erhöhung des Stundenlohnes von 37 Pf. auf 38 Pf. für die jüngsten Arbeiter gefolgt sei. Vergegen die Rat aber dabei anzuführen, daß durch den seit-herigen Ueberstundenverdienst ein höherer Lohn erzielt wurde als nach der „großen“ Lohn-erhöhung, da letzteres Verdienst dadurch in Wegfall gekommen ist, die neuen Lohnsätze aber nicht dem-entsprechend ausgeglichen sind. Der Wegfall oder doch wenigstens die Einschränkung der Ueberstunden, wird allenthalben freundlich aufgenommen, nur müßte auch die Lohnhöhe in der gewünschten Forderung sich bewegen. Für die Bezahlung des Wochenlohnes wird Schichtlohn ab 1. April 1908 in Aussicht gestellt, der in gewissem Sinne dem Wochenlohn gleichkommen soll. (Abwarten! Der Schreiß.) Der Nachzuschlag wird mit der Begründung abgelehnt, daß solche Arbeit nicht als außergewöhnliche, sondern als reguläre betrachtet werden solle. Versuchweise soll aber als Äquivalent des Nachts warmer Maffee, vorläufig bis Ende d. J. verteilt werden an die Arbeiter. Die Versammelten erklären sich mit dieser Antwort nicht einverstanden, indem sie beschließen, nunmehr mit dieser Forderung drückt an das Stadtverordnetenkollegium zu gehen, da sie der Meinung sind, daß ihre berechtigten Forderung unter den gegenwärtigen Verhältnissen längeren Aufschieb nicht vertragen kann. Dies Vorgehen soll gleichzeitig durch eine Stärkung der Organisation bekräftigt werden.

**Potsdam.** Am 19. September beidseitig sich die Versammlung noch einmal mit der Fragestellung unseres Jahralbühnenden Kollegen Welker. Leider hat die Fragestellung in den Reihen der Kollegen einige Wunden hinterlassen. Dies ist seit dieser Zeit zu verzeichnen haben. Wenn auch die Kollegen schon wieder nach und nach anfangen, sich von diesem Schläge zu erholen, so wird doch immerhin noch einige Zeit vergehen, bis die Wunden wieder vollständig geheilt sind. An den Kollegen selbst wird es ja speziell

liegen, diesen Heilungsprozeß zu beschleunigen. Bedenkt man, daß sich die städtischen Arbeiter im allgemeinen und die Gasarbeiter im besonderen in einer jahrzehntelangen geistigen Knechtschaft befanden, sie aber erst jetzt anfangen, sich immer mehr für die wackerne Zeit und für ihre Organisation zu interessieren, so kann man es leicht begreifen, daß sie eine derartige Maßnahme doppelt empfinden. Mit was für niedrigen Mitteln die Direktion gegen die organisierten Kollegen arbeitet, das erhellt am besten daraus, daß man in neuester Zeit zwei wohlgesinnte Arbeiter beauftragt hat, auf die Organisierten aufzupassen und dieselben zu bespitzeln. Daß das gegen alle Moral und gegen die guten Sitten verstößt, scheinen die Allgewaltigen da oben nicht zu wissen. Aber auch die Arbeiter, die sich zu solchen Handlangerdiensten gebrauchen lassen, sie müßten wissen, daß es für sie etwas Schmutzigeres und Herab-würdigenderes nicht geben kann. Deißt doch ein wohlbekanntes Sprichwort: „Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Tennziant.“ Diese Worte sollten sich die „Müßlichen“ an die Stirne schreiben. Daß die Kollegen aus diesen Vorwissen-nissen die richtigen Schlüsse ziehen, haben sie in der erwähnten Versammlung bewiesen. Am nämlich allen Brutalitäten aus dem Wege zu gehen, haben sie jetzt das Hausastrieresystem eingeführt. Gewählt wurden die Kollegen Töbel, Buchholz, Schumann und Welker. Unter dem Vorfall der Versammlung erklärten sie, im Interesse der Organisation die Beiträge ohne Entschädigung einzulassen zu wollen. Jedoch äußerten sie den Wunsch, daß die Kollegen ihre Beiträge pünktlich entrichten sollen, damit bei Einziehung derselben keinerlei Schwierigkeiten entstehen. Als Vorsitzender zu fungieren, wurde wieder der Kollege Welker einstimmig bestätigt. Einer herben Kritik wurde das Affordkohlen-lernen unterzogen. Wenn sich die Kollegen in letzter Zeit auch eine Lohn-erhöhung erkämpft haben, so bleibt diese Arbeit doch eine Säure, die im Interesse der Arbeiter zur Erhaltung ihrer Gesundheit, unter allen Umständen beseitigt werden muß. Warum wird diese Arbeit nicht auf Wochenlohn eingeführt? Glaubte die Direktion vielleicht, daß dadurch ihr Profit eine Schwärzung erleidet? Wenn dies auch zuträfe, so hätte sie doch aus Menschlich-keitsrücksichten dieses System der Kräfteausmergelung zu beseitigen. Auch wäre es an der Zeit, für ihre Arbeiter den 8stündigen Arbeits- tag (Trennschichtensystem) einzuführen, damit auch sie sich endlich etwas mehr Ruhe und Erholung angeeignet lassen können. Ist doch diese Arbeitsmethode schon bereits in 68 Städten eingeführt, warum sollte das dann nicht auch hier möglich sein? Jedenfalls nimmt zu diesen hochwichtigen Fragen das Arbeiterkollegium recht bald einmal gründlich Stellung. Zu wünschen wäre es! In letzter Linie bleibt aber doch immer wieder die Organisation das Hauptmachtfaktor, weil sie es ist, die den Vertretern das Rückgrat stützt und ihnen Schutz gewährt. Ohne Organisation gibt es eben in unserem deutschen Vaterlande keinen Fortschritt. Darum, Kollegen, sei Euch noch einmal zugerufen: Haltet fest zur Organisation und zeigt, daß Ihr gewillt seid, mit allen übrigen erwachten und organisierten Arbeitern und Arbeiterinnen gemeinschaftlich alle Bedrückungen zu beseitigen und eine bessere, menschenwürdigere Existenz zu erkämpfen. Denn ohne Kampf kein Sieg!

**Rosenheim.** Am Sonntag, den 21. September, abends 8 Uhr, fand im Vereinslokal, „Gasthaus zum Sterngarten“, eine öffentliche Salinenarbeiter-Versammlung statt, welche einen starken Besuch aufzuweisen hatte. Kollege Weisfalter als Vorsitzender begrüßte in kurzen Worten die Versammlung im Namen der Allianz Rosenheim des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes und erteilte nach Bekanntgabe der Tagesordnung dem Referenten, Landtagsabgeordneten Franz Sammler München, das Wort. In einem nahezu zweistündigen Referate schilderte der Referent die Lage der Staatsarbeiter, speziell der Salinenarbeiter und deren Vertretung im bayerischen Landtage. In leicht faßlicher Weise führte der Referent den Anwesenden an der Hand zahlreichen Anschauungsmaterials vor Augen, wie wenig die Staatsbetriebe als Musterbetriebe betrachtet werden können. Des öfteren wurde der Redner durch stürmischen Applaus unterbrochen, da derselbe die wahrheitsgetreue Schilderung der noch bestehenden Mißstände brachte. Auch wies der Referent auf die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation hin sowie auf die Arbeiterpresse. Die Diskussion gab noch verschiedene Auf-klärung über noch bestehende lokale Verhältnisse in den Staatsbetrieben. Landtagsabgeordneter Köhnhaupter, welcher gelegentlich anwesend war, beteiligte sich ebenfalls an der Dis- kussion. Er wies darauf hin, daß die sozialdemokratische Land- tagsfraktion nicht veräußen wird, an richtiger Stelle und zur ge- gebenen Zeit bei den Verhandlungen im Landtage für die Staats- arbeiter und so auch für die Salinenarbeiter energisch einzutreten. Zum Schluß wurde dem Kollegen Köhnhaupter dank gesagt. Nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden Kollegen Weisfalter mit der Aufforderung, die Worte des Referenten und Köhnhaupters zu beherzigen und dem Verbandsbeitritt, schloß derselbe die imposante öffentliche Versammlung. — So ein- zelnen dreistündigen Intelligenzgruppen möchte nur gesagt sein, sie mögen bei den nächsten Versammlungen benachbarten, damit sie ihre rede- gewandte Durchsicht öffentlich zum Ausdruck bringen können.

was jederzeit gewährt wird. Die Zukunft gibt noch zur Genüge den noch indifferen-ten und zwaragsweise „christlich“ organisierten Kollegen Aufklärung, wozu sie gehören, wenn eine bessere Lage eintreten soll. Wenn auch die Flut unseres Verbandes in Rosenheim noch nicht so groß ist, aber die Zeit wird noch kommen, wo auch unser Wasser größer fließen wird.

**Spandau.** Am 4. Oktober versammelten sich die Kollegen in ihrem Vereinslokale bei Feuerherdt, Mustr. 21, um sich einen Vortrag des Kollegen R. Hentschke über: „Unser Verbandsprogramm“ anzuhören. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. In der Diskussion sprachen die Redner im Sinne des Referenten. Sie ergänzten die Ausführungen durch praktische Beispiele aus ihrem Arbeitsverhältnis. Alle waren sie sich darin einig, daß, wenn das Programm in allen seinen Punkten verwirklicht werden soll, wir auch den letzten uns noch fernstehenden Kollegen dem Verbandsführer mitbringen müssen. Das Ergebnis war, daß wieder einige Kollegen ihren Beitritt erklärten. So marschieren wir langsam, aber doch stetig vorwärts. Beim Punkt Verschiedenes führte der Vorsitzende, Kollege Schmidt, aus, daß sich in letzter Zeit in der Gasanstalt recht unliebsame Dinge abgepielt haben, die unter allen Umständen die größte Verurteilung verdienen. So begreift sich ein Arbeiter aus ganz nützigen Gründen an seinem Meister und verleihe diesen derartig, daß er dem Krankebauke zugeführt werden mußte. Ein anderer wieder, natürlich ein Unbekannter, schrieb an den Maschinenmeister K. einen Drohzettel, weil dieser den Demuzianten spielen soll. Dies sind Vorkommnisse, die von der Versammlung die schärfste Mißbilligung erfuhren. Die Versammelten lebten es aber einmütig ab, daß sie als Organisierte für diese Dinge verantwortlich gemacht werden können. Ist es doch gerade die Organisation, die mit derartigen Handlungen nichts gemein hat, und sich das Ziel gesetzt hat, auf die Arbeiter bildend zu wirken. Weiter wurde ausgeführt, daß es einzelne Arbeiter nicht unterlassen können, Organisierte vom Verbands abzuwehren. Wenn diese Leute wüßten, wie sehr sie dabei gegen ihre eigenen Interessen und gegen das Wohl aller handeln, dann würden solche Unfugigkeiten nicht vorkommen. Jedenfalls tritt aber hierin eine baldige Besserung ein. Nachdem noch der Kollege S. darauf hinwies, was für große Verheerungen der übermäßige Alkoholgenuß mit sich bringt, und es daher wünschenswert wäre, wenn die Direktion der Gasanstalt für ihre Arbeiter alkoholfreie Getränke einführen würde, wie Staffee, Tee und dergleichen, fand die Versammlung ihr Ende.

**Rundschau.**

Der Verein für Sozialpolitik hielt dieser Tage in Magdeburg seine Generalversammlung ab. In einem Referat über: „Die Verwaltungsorganisation der Städte“ von Prof. Dr. Loening-Halle wurde u. a. die Notwendigkeit kommunaler Sozialpolitik betont. Dr. Singheim er-München trat energisch für das Reichstagswahlrecht ein. Ihm trat neben dem konservativen Adolf Wagner auch die „rühmlich“ bekannte Kreisunfaule Fischbeck entgegen, die den Berliner Magistrat ziert. Aber was soll man gar dazu sagen, wenn der Vertreter der „christlichen“ Gewerkschaften in seiner Erwiderung auf Wagners Ausführungen erklärte, auch er als Arbeiter sei nicht dafür zu haben, daß von heute auf morgen das Reichstagswahlrecht für die Kommunen eingeführt werde.“ Gnädigst fügte er hinzu: „Aber als Ziel müsse das hingestellt werden.“ Diese Halbheit, wenn nicht Schlimmeres, ist bezeichnend und typisch für die „christlichen“ Arbeiterführer. Unsere Kollegen aber, die städtischen Arbeiter allerorts, die geradezu aus erster Hand die Schäden des heutigen Dreiklassenprivilegs erfahren müssen, werden alle Anstrengungen machen, um nicht solchen lauen und stauen Elementen ihre Vertretung anvertrauen zu müssen. Das mögen sich die „Christlichen“ gesagt sein lassen! — Bei dieser Gelegenheit sei bemerkt, daß wir auf die in Nr. 40 der „Gewerkschaftsstimme“ bestrittene Demunziation in Hannover („Gewerkschaft“ Nr. 37) noch zurückkommen werden.

Dassels Kerger über unsere erfolgreiche Versammlung in Nürnberg trotz verlustiger Sprengung von Seiten der ver-einigten Hirsche und Dasselianer läßt ihn keine Ruhe finden, und so tobt er sich denn in einem 1 1/2 Spalten langen K u n e r b u n t aus, das die Nr. 40 der „Einigkeit“ schmückt. Wir haben nicht die Absicht, gegen all das verworrene Zeug, was da durcheinander geworfen wird, zu polemisieren. Wir stellen aber fest, daß die Aufrechnung Sollers bezüglich der Verwendung der Mitgliederbeiträge des Dasselschen Vereins nicht widerlegt wird. Auch muß Dassels Umdeutungsversuch entschieden zurückgewiesen werden, als habe er die Eingabe des jetzigen Gauleiters in der öffentlichen Versammlung nicht ausdrücklich anerkannt. Sollte Dassels Gedächtniswache so stark sein, so können wir schon etwas nachhelfen! Daß sich S. aber bei seiner Uneinigkeit fäudern Tätigkeit auch noch auf die Berliner Kollegen beruft, ist ein — sagen wir

Stuntpüß, das ihm ein Meister im Verbrechen der Tatsachen erst nachmachen soll. Uns ist es übrigens recht interessant, zu beobachten, wie die Redaktion der „Einigkeit“ ihren Kamm zur Verfügung stellt, damit Dassel seine Interessen und diejenigen der „Hirsche“ wahrnehmen kann! Wir gratulieren zu diesem Mitarbeiter der Zwietsacht an der „Einigkeit“.

**Alkohol als Todesursache.** Die schweizerischen Aerzte stellen die von ihnen angestellten Totenscheine dem statistischen Amt zur Verfügung, das danach die Todesursachen berechnet. Danach ergaben sich für den Alkohol als einzige oder mitwirkende Ursache bei erwachsenen männlichen Personen in den Jahren 1895 bis 1899 folgende Prozentzahlen:

Alterklassen	1895	1896	1897	1898	1899	1900/01
20-39 Jahre	10,2	8,9	11,6	9,5	9,8	10
40-59	15,8	15,7	15,5	15,9	15,8	15,7
60 und darüber	5,8	5,7	6,6	5,8	5,4	5,7
Insgesamt	10,7	10,3	11,2	10,7	10,4	10,63

Diese Zahlen sind als Mindestzahlen anzusehen, da manche Aerzte aus Rücksicht auf die Familie mit ihren Angaben sehr zurückhaltend sind. Sie zeigen die verhängnisvolle Alkoholvergiftung namentlich im höheren Mannesalter. Vorher ist die Widerstandskraft des Organismus noch stärker, und nachher ist die Auslese durch den Alkohol bereits vorüber. In Dänemark wurden von 1893 bis 1897 nach Dr. Carlens durchschnittlich 7,2 Proz. der Todesfälle von Männern auf Alkoholismus allein oder in Verbindung mit anderen Ursachen zurückgeführt.

**Quittung der Hauptkasse.**

Im Monat September gingen folgende Gelder an Beiträgen ein:  
 Für das 3. Quartal 1907: Köln a. Rh. 300.— M., Eberswalde 20,87 M., Leipzig 300.— M., Mannheim 1600.— M., Mühlhausen i. Gl. 240.— M., München 2000.— M., Neustadt a. S. 55,37 M., Nürnberg 300.— M., Regensburg 18,19 M., Stuttgart 1191,48 M., Wittau 50,00 M.  
 Für Kalender: Breslau 16,40 M., Königsberg i. Pr. 41,20 M., Mainz 9,20 M., Regensburg 2,40 M.  
 Für Protokolle: Breslau 16.— M., Mainz 17.— M.  
 Für Inserate: Berlin I. 6.— M., Berlin III 4,80 M., Dresden 34,10 M., Königsberg i. Pr. 20,40 M., Leipzig 10,80 M., Mainz 13,05 M., München 24.— M., Wiesbaden 10.— M.  
 Ferner gingen ein: Abonnementsgelder 27,40 M., Jahrgang 1906, Gewerkschaft 3.— M., Breslau Postbuch 3.— M., Verbandschriften 3,77 M.

Von Einzelmitgliedern:

Nr. 31 705	2,95 M.	Nr. 60 555	3,50 M.	Nr. 67 192	3,85 M.
" 81 726	4,55	" 60 572	3,50	" 67 198	5,25
" 31 734	5,05	" 60 596	3,50	" 67 200	4,20
" 33 046	4,00	" 60 600	4,55	" 73 601	3,15
" 33 102	5.—	" 67 114	5,95	" 73 335	3,50
" 33 918	2,45	" 67 115	1,40	" 73 386	3,50
" 33 996	1,60	" 67 118	3,25	" 73 364	4,55
" 37 604	3,25	" 67 124	3,50	" 76 455	4,90
" 37 670	4,90	" 67 125	3,50	" 76 478	0,50
" 39 893	4,90	" 67 133	4,55	" 76 479	4.—
" 48 609	4,90	" 67 134	4,90	" 76 484	5,05
" 46 624	5.—	" 67 138	2.—	" 76 485	9,90
" 50 497	1,40	" 67 148	1,25	" 76 487	5,05
" 50 903	1,40	" 67 156	3,25	" 76 488	5,05
" 53 793	4,55	" 67 158	1,50	" 76 489	3,50
" 56 839	4,90	" 67 177	3,25	" 76 490	3,90
" 58 112	2.—	" 67 190	2,80	" 76 491	3,50
" 58 129	5.—	" 67 189	3,50		
" 58 133	3,50	" 67 191	2,50		
				Summa	207,10 M.

G. W. Mann, Hauptkassierer.

**Totenliste des Verbandes.**

<b>Mathias Fieschik, Dresden</b> † 21. September 1907 im Alter von 48 Jahren.	<b>Otto Alarisch, Magdeburg</b> † 27. September 1907 im Alter von 33 Jahren.
<b>J. Haruh, Schmargendorf</b> † 22. September 1907 im Alter von 42 Jahren.	<b>August Kobelt, Magdeburg</b> † 27. September 1907 im Alter von 60 Jahren.
<b>Heinrich Rihert, Mühlhausen i. Gl.</b> † 28. September 1907 im Alter von 71 Jahren. Chre ihm den Aedenken!	